

#10: Ein menschengerechtes und ökologisch verträgliches Wirtschaften

Verschiedene Produktivkräfte, die zur Zerstörung von Menschheit und Natur beitragen, müssen gleichzeitig verändert und gezügelt werden.

Helga Kromp-Kolb

Schock und Erstaunen

Die neoliberale Ideologie hat jahrzehntelang den Sozialstaat verteuflert, angegriffen und ausgehöhlt. Noch im Jahr 2019 hat die Europäische Kommission die »ineffiziente Ressourcennutzung in der Sekundärversorgung« des österreichischen Gesundheitssystems gerügt, da das Land trotz Abbau von Krankbetten immer noch 40 Prozent über dem europäischen Durchschnitt liege. (EU Kommission 2019: 27) Heute sieht alles ganz anders aus. Die Länder, die ihr Gesundheitssystem am meisten heruntergefahren oder am wenigsten ausgebaut haben, leiden auch am meisten unter der Pandemie. Es hat sich gezeigt: Ohne ein entschlossenes Eingreifen des Staates können weder die gesundheitlichen noch die sozialen Folgen der sich anschließenden Wirtschaftskrise abgefangen werden. Der Shutdown des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens und der Lockdown für unsere persönliche Bewegungsfreiheit haben auf einen Schlag eine Realität geschaffen, die niemand für möglich gehalten hatte, ja von der es früher vehement hieß, an so etwas sei nicht einmal zu denken. Die Marktmechanismen wurden ausgesetzt, der Staat sprang als Retter ein (auch wenn er viele gar nicht gerettet hat), diejenigen, die schwere, wenig geschätzte und schlecht bezahlte Arbeit leisten, wurden auf einmal vor den Vorhang geholt (auch wenn sie jetzt keineswegs besser verdienen und schon wieder hinter dem Vorhang verschwunden sind), der Gesundheit wurde ein höherer Wert als dem Erfolg im wirtschaftlichen

Wettkampf zugesprochen, und der österreichische Regierungschef sprach einen Satz, der ihm einige Monate vorher niemals über die Lippen gekommen wäre: »Koste es, was es wolle.« (Kurier, 18.3.2020) Dass die Prinzipien des Sozialstaats, die bislang als wirtschaftsfeindlich und zunehmend undurchführbarer verteuert waren, plötzlich handlungsleitend wurden, hat nicht nur Erleichterung, sondern auch großes Erstaunen ausgelöst. Daraus wurde zwar längst noch kein »Sozialismus aus heiterem Himmel«, wie ein euphorischer Beobachter meinte (Keane 2020: 37), aber doch ein ziemlich radikaler Kurswechsel auf Zeit. Und den wollen viele natürlich verstetigt wissen. Die Wiener Philosophin Isolde Charim diagnostiziert: »Die Restposten des alten Sozialstaates retten uns heute.« (Kleine Zeitung, 12. Mai 2020, 4) Und sie fordert, dass wichtige Lebensbereiche wie die medizinische Versorgung auf Dauer dem Markt entzogen werden.

Allerdings ist die ökonomische Logik, die zur Krise des öffentlichen Gesundheitswesens geführt hat, damit keineswegs überwunden. Es ist doch bezeichnend, dass alle Länder über strategische Erdölreserven verfügen, aber über keine Reserven an Schutzmasken – ein deutliches Symbol dafür, welche Prioritäten Staaten verfolgen, die die Ideologie des neoliberalen Kapitalismus übernommen haben.

»The pandemic hit after four decades of neoliberalism had depleted state capacities in the name of the ›superior efficiency‹ of the market, fostered deindustrialization through the ›globalization‹ of production, and built fragile financial structures secured only by the state, all in the name of short-term profitability. The disintegration of the global economy left the most uncompromisingly neoliberal economies, especially the UK and the USA, exposed as being unable to produce enough face masks and personal protective equipment for their health personnel, not to speak of ventilators to keep their hospitalized population alive.« (Saad-Filho 2020)

Und jetzt schon ist sichtbar, dass die auf den Shutdown folgende Wirtschaftskrise die Verteilungskämpfe neu entfacht und die soziale Ungleichheit noch zu verschärfen droht – global ebenso wie in den demokratischen Wohlstandsgesellschaften. Also keine Aussicht auf eine bessere Zukunft? Ein Anlass zur Hoffnung, den man nicht unterschätzen sollte, ist die Erfahrung, dass sozialer Wandel möglich ist, eine Erfahrung, die in der Coronakrise Millionen von Menschen gemacht haben.

Die Erfahrung, dass Veränderung möglich ist

Durch Corona haben wir, zumindest in den europäischen Ländern, wo die ökonomischen Mittel für massive staatliche Hilfe vorhanden sind, die praktische Erfahrung gemacht, dass Regeln – und zwar sogar die Grundregeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens – geändert werden können. Eine andere Wirtschaft ist möglich! Eine andere Politik ist möglich! Das ist etwas, was die meisten Menschen in Europa noch kaum selbst erlebt haben, außer vielleicht diejenigen, die in den Pariser Mai 1968 direkt eingebunden waren, oder jene Bürger*innen Deutschlands, die am Fall der Mauer mitgewirkt hatten. Nun aber haben wir alle in ganz Europa, und auch darüber hinaus, gleichzeitig diese Erfahrung gemacht. Eine Erfahrung, die sich verallgemeinern lässt: Das Wahrscheinliche kann sich als unrealistisch erweisen, und das Unwahrscheinliche ist möglich. Dieses Wissen sollte uns ermutigen, auch wenn wir uns darüber im Klaren sein müssen, dass Corona nur eine momentane Ausnahmesituation geschaffen hat. Das bietet eine Chance auf Änderung, aber sie muss aktiv ergriffen werden. Und Fortschritt bedeutet auch niemals einen linearen Prozess. Der arabische Frühling ist dafür ein Beispiel: Nach der Demokratiebewegung kam ein Rückschlag, aber die Erfahrung, dass Diktatoren gestürzt werden können, kann niemandem mehr genommen werden.

Nun besteht allerdings ein großer Unterschied zwischen den drei genannten Konstellationen und der Coronakrise. 1968, 1989 und 2010 waren politische Bewegungen, bei denen durch die Stärke der Volkserhebungen eine Ausnahmesituation erkämpft wurde. 2020 hat uns hingegen ein Virus zum Stillstand gezwungen und so indirekt neue Möglichkeiten eröffnet. Es war daher keine Erfahrung einer Selbstwirksamkeit in einer politischen Bewegung, sondern Lernen aus einer Katastrophe. Das hat gewiss all denen, die ohnehin schon an der Veränderung gearbeitet haben, z. B. *Fridays for Future*, gezeigt, dass Veränderung auch tatsächlich möglich ist, aber nicht die Erfahrung gebracht, dass sie diese selbst herbeigeführt haben. Das ist ein großer Unterschied. Zugleich haben andere Menschen in der Coronakrise ganz andere Erfahrungen gemacht und andere Schlüsse daraus gezogen. Sie haben die Krise etwa als eine ungerechte und unverständliche Unterbrechung ihres Alltags verstanden – eines Alltags, mit dem sie im Grunde völlig einverstanden waren. Und deswegen äußern sie den sehr starken Wunsch, sobald wir aus dem Ärgsten heraus sind, wieder so weiterzumachen wie bisher. Und dies trotz des inzwischen unleugbaren Wissens, wie gefährlich – schon alleine wegen der Klimakrise – eine Fortsetzung des Status Quo wäre.

Und genau an dieser Demarkationslinie, zwischen der Einsicht in notwendige Veränderungen und dem Wunsch, es möge alles beim alten bleiben, sind auch die politischen Vorschläge angesiedelt, die gegenwärtig als der große Befreiungsschlag angesichts von Corona, Klimawandel und sozialen Krisen angepriesen werden.

Ein Green New Deal, der auch den Sozialstaat rettet?

Es gilt, diese Erfahrung, dass es eine politisch mehrheitsfähige Logik des menschlichen Wohlergehens gibt, in die Zeit nach Corona (falls es so etwas überhaupt gibt) hinüberzuretten. Und so tönt es ja auch von verschiedenen Seiten: Die Globalisierung sei mit mehr Augenmaß zu gestalten, sie solle da und dort auch zurückgefahren werden. Die Nationalstaaten müssten wieder in die Lage versetzt werden, elementare Bedürfnisse ihrer Bürger*innen – vor allem im Bereich der »Ökonomie des Lebens« (Jacques Attali), also Nahrung und Gesundheit – großteils aus eigener Kraft zu befriedigen. Und Gesundheit möge ab nun als ökonomischer Faktor ernst genommen werden: »Establishing principles of human health as a measure of wealth can create new international alignments on how trade and collaboration ought to work in a post-COVID world« (van Toorn 2020). Die Hoffnung auf einen keynesianischen Sozialstaat lebt wieder auf, auch wenn nicht thematisiert wird, dass auch er auf der imperialen Lebensweise beruht.

Ein Beispiel, wo dies doch mitgedacht wird: In einem Aufruf »Planning for Post-Corona: Five proposals to craft a radically more sustainable and equal world« appellieren 174 niederländische Wissenschaftler*innen von verschiedenen Universitäten, die Gelegenheit zu nutzen und eine gesellschaftliche Transformation einzuleiten. Dieser Aufruf zielt auf eine grundsätzliche Reform der Wirtschaft und Politik und ist daher ein wichtiges Beispiel für die wachsende Zahl an Stimmen, die sich zu radikalen Transformationen bereit erklären.

Planning for Post-Corona

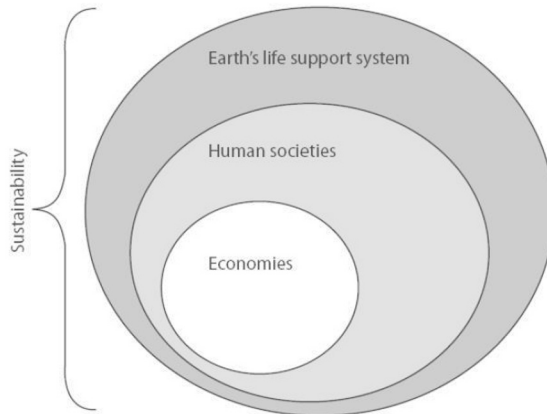
Der Aufruf den niederländischen Wissenschaftler*innen konzentriert sich auf fünf Punkte:

- 1) Ersetzung des aktuellen Entwicklungsmodells eines generischen BIP-Wachstum durch ein Modell, das zwischen Sektoren unterscheidet, die wachsen dürfen und Investitionen benötigen (z.B. kritische öffentliche Sektoren, saubere Energie, Bildung und Gesundheit), und jenen, die radikal schrumpfen müssen (z.B. Öl-, Gas-, Bergbau- und Werbeindustrie).
- 2) Eine Wirtschaftspolitik der Umverteilung, die ein universelles Grundeinkommen bietet und in eine solide Sozialpolitik eingebettet ist; erhebliche progressive Steuer auf Einkommen, Gewinn und Vermögen.
- 3) Übergang zu einer zirkulären Landwirtschaft, die auf der Erhaltung der biologischen Vielfalt sowie einer nachhaltigen, lokalen Lebensmittelproduktion, einer Verringerung der Fleischproduktion und einer Beschäftigung unter fairen Arbeitsbedingungen basiert.
- 4) Reduzierung von Konsum und Reisen mit einer radikalen Abnahme luxuriöser und verschwenderischer Formen.
- 5) Schuldenerlass, insbesondere gegenüber Arbeitnehmern, kleinen und mittleren Unternehmen sowie gegenüber Entwicklungsländern.

Quelle: <https://utopia.de/post-corona-manifest-5-punkte-plan-183875/>

Angeichts dieser Situation ist es wohl angebracht, grundsätzlich über die Rolle der Wirtschaft im Rahmen eines ökologischen Gesamtkonzepts nachzudenken. Sehr programmatisch und zugleich sehr anschaulich hat der schwedische Naturwissenschaftler Johan Rockström den Platz der Ökonomie im Rahmen des Gesamtsystems Erde mit folgendem Schaubild charakterisiert:

Abb.: Ein nachhaltiges Entwicklungsparadigma für das Anthropozän (Rockström 2015: 2)



Rockströms Schaubild kann auch ein genereller Maßstab sein, um die folgenden *Green Economy*-Konzepte einzuschätzen.

Bei den kapitalismuskritischen Autor*innen findet sich ein unglaublich starker Optimismus, was beflügelnd sein mag. Zugleich fragt man sich, ob ihre Analysen nicht eher Ausdruck von Wunschdenken sind, etwa bei Saad-Filho, dessen Text mit »The end of neoliberalism« betitelt ist:

»Neoliberal capitalism has been exposed for its inhumanity and criminality, and COVID-19 has shown that there can be no health policy without solidarity, industrial policy and state capacity. This is a desperate fight. We must come out of this crisis with a better society.« (Saad-Filho 2020)

Aber ist das realistisch? Wird nicht vorschnell bei jeder Krise behauptet, sie läute das Ende des Kapitalismus ein? »One thing we can be certain of is that capitalism will end,« konstatierte z.B. Peter Frase bereits mit Hinblick auf die *Occupy Wallstreet*-Bewegung (Frase 2011). Dem hält Pablo Solón eine Erfahrung entgegen: »Der Kapitalismus hat große Flexibilität bewiesen, sich anzupassen, zu vereinnahmen, sich zu wandeln und Auswege für sich selbst zu finden. Was als eine progressive Idee oder Bewegung beginnt, wird ko-

optiert, umgewandelt und eingebunden, um das System zu erhalten und zu reproduzieren.« (Solón 2018, 20).

Wenn also der Kapitalismus sich nicht von selbst erledigt, sollten wir dann nicht unsere Hoffnungen auf seine Reformierung setzen – mit dem Ziel, ihn sozialer und umweltverträglicher zu gestalten? Große Erwartungen hat die Idee der *green economy* hervorgerufen, die auch in den Zielen der Agenda der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen (2015-2030) steckt. Konkreter und offensichtlich inspirierender ist der *Green New Deal*, ein Projekt, wie es die UN-Entwicklungsorganisation UNEP bereits 2008 vorgeschlagen hat. 2019 wurde die Idee von der demokratischen amerikanischen Politikerin Alexandria Ocasio-Cortez wieder lanciert, von Bernie Sanders aufgegriffen und erzielte bald ein internationales Echo. In Großbritannien, Italien, Deutschland, aber auch in Österreich wurde die Idee von etlichen übernommen. Schließlich hat Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, Ende 2019 das Projekt des *European Green Deal* vorgestellt. Bis 2050 sollen in der Europäischen Union die Netto-Emissionen von Treibhausgasen auf null reduziert werden. Europa würde damit als erster Kontinent klimaneutral. Der Plan variiert von Land zu Land, verspricht aber im Großen und Ganzen überall, das Ziel des permanenten Wirtschaftswachstums und die Notwendigkeit der Wiederherstellung eines ökologischen Gleichgewichts miteinander zu versöhnen. Im gleichen Atemzug könne, durch die davon erhoffte Wirtschaftsbelebung, auch der Sozialstaat wieder ausgebaut oder zumindest vor weiteren Einschränkungen geschützt werden. Etwas radikaler präsentiert sich, trotz einiger verwaschener Formulierungen, *The Green New Deal for Europe* der gesamteuropäischen Politikbewegung DiEM25, gegründet vom ehemaligen griechischen Finanzminister Yanis Varoufakis. Er fordert nicht nur eine Verringerung der CO₂-Emissionen, sondern auch die Transformation unserer Produktions-, Konsum- und Sozialsysteme. Und vor allem: »Der grüne Wandel Europas erfolgt nicht von oben nach unten. Er muss die Bürger*innen und ihre Kommunen ermächtigen, eigene Entscheidungen für ihre Zukunft zu treffen.« (<https://www.gndforeurope.com/>)

Der *Green New Deal* wird von vielen kritischen Intellektuellen als Ausweg begrüßt (z.B. Klein 2019, Rifkin 2019). Andere wiederum verweisen auf die prinzipielle Unrealisierbarkeit jedes Plans, permanentes Wachstum und ein ökologisches Gleichgewicht, das menschliches Leben ermöglicht, in Einklang zu bringen. Eine Reform des Kapitalismus sei eine trügerische Hoffnung, ungeeignet, die heutigen Probleme zu lösen. Es brauche, so die Argumentation, nichts weniger als eine radikale Umstellung aller Grundlagen unsere

Lebens- und Produktionsweise, und zweifelsohne die Ersetzung des Kapitalismus durch ein System, das nicht aufgrund seiner Profitorientierung ständig auf Wirtschaftswachstum setzen müsse. Aus solchen Positionen wird der *Green New Deal* abgelehnt, weil er doch eine Sackgasse sei, angesichts der inzwischen allgemein bekannten wissenschaftlichen Evidenz, dass ein System, das auf permanentem Wirtschaftswachstum beruht, uns in den nahen Abgrund führt.

Von diesen Stimmen, die zwar berechtigte Kritik, aber keinen Ausweg bieten können, hebt sich wohltuend eine Position ab, wie sie etwa der Spanier Xan López von der Plattform *contra el diluvio* (2019) und vor allem die amerikanische Politikwissenschaftlerin und Umweltspezialistin Thea Riofrancos vertreten (Riofrancos 2019). Sie gibt den Kritikern am *Green New Deal* (in den USA, ihrem Heimatland) völlig recht, zieht daraus aber andere Konsequenzen. Weder blinder Enthusiasmus noch fatalistische Resignation seien am Platz. Zunächst einmal führt sie das Argument an, dass jede Verbesserung der Umweltsituation gerade eines so großen Landes wie die USA für die ökologische Gesamtbilanz der Erde sehr wichtig sei. Ferner müsse man die Vision und den dadurch ausgelösten Elan des Planes (auch wenn er im Detail illusorisch sein mag) nutzen – nicht durch schroffe Ablehnung, sondern durch Unterstützung und Kritik zugleich. Schließlich gäbe es einige Industrien, die sehr von einer Transformation profitieren könnten. Nur durch die kritische Unterstützung des *Green New Deals* könne man die widersprüchlichen Interessen einzelner Kapitalfraktionen ausnützen und auch in der Bevölkerung Bündnisse zwischen verschiedenen sozialen Gruppen schließen. Um irgendwann doch zu einer ökosozialistischen Alternative zu kommen, sei der Weg daher nicht, den Deal abzulehnen, sondern ihn nicht als Gesamtlösung, sondern nur als ersten Schritt zu akzeptieren: »The Green New Deal doesn't offer a prepackaged solution, it opens up of new terrain of politics. Let's seize it.« (Riofrancos 2019: 9) Ähnlich spricht sich Johan Rockström, der Leiter jener Kommission, die das Konzept der planetaren Belastungsgrenzen ausgearbeitet hat, für eine zweiseitige Strategie aus: Man müsse alles unterstützen, was innerhalb des Systems eine Verbesserung gegenüber dem gegenwärtigen Zustand bedeutet, und zugleich müsse man immer daran arbeiten, über das System hinaus grundlegende Veränderungen zu erreichen (Rockström 2015).

Die Große Transformation

Die Formulierung geht auf den kritischen ungarisch-österreichischen Wirtschaftssoziologen Karl Polanyi zurück, der in seinem Buch *The Great Transformation* (1944) den historischen Wandel der kapitalistischen Gesellschaften beschrieb, nämlich die Herausbildung von Marktwirtschaften und von Nationalstaaten. Heute wird der Ausdruck aber anders und sehr unterschiedlich verwendet, einerseits als Vorwurf aus einer verschwörungstheoretischen Ecke, dass sich die demokratischen Staaten schleichend in Diktaturen verwandelten, wobei neuerdings auch die ›Coronalüge‹ als Indiz dafür herangezogen wird (z.B. Lengsfeld 2020). Andererseits ist damit die notwendige sozial-ökologische Transformation gemeint, um ein nachhaltiges Wirtschaften und Leben zu ermöglichen. Prominent für die Propagierung des Begriffs in diesem Sinne ist das Hauptgutachten des bundesdeutschen Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) aus dem Jahr 2011. Es trägt den Titel: *Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*. In ähnlicher Weise lautet auch der Titel des UNO-Programms für nachhaltige Entwicklung, der Sustainable Development Goals, das 2015 von allen Mitgliedsstaaten beschlossen wurde, *Transforming our World: The 2030 Agenda for Sustainable Development* (United Nations 2015). Auch in der vorliegenden Publikation wird der Begriff im Sinne einer qualitativen Reform der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verwendet, ohne deswegen genau mit dem WBGU-Gutachten oder den UNO-SDGs übereinzustimmen. Andere verwenden dafür den Ausdruck *Great Transition* (z.B. Rockström 2015).

Statt der einen Großen Transformation: die Kombination vieler Alternativen

Damit bleibt immer noch die Frage, wie ein Schritt über die Grenzen des gegenwärtigen ökonomisch-politischen Systems hinaus möglich ist. Wie kann eine *Große Transformation* gelingen, deren Notwendigkeit so vielen klar ist, gegen die aber mächtige Kapitalinteressen ebenso stehen wie die Hoffnungen breiter Gesellschaftsschichten in den Industrieländern, mit dem bestehenden System die eigene imperiale Lebensweise doch noch prolongieren zu können?

Angesichts der Komplexität und Schwierigkeit der Aufgabe einer *Großen Transformation* erscheint der Ansatz am vielversprechendsten, den der bolivianische Intellektuelle und Politiker Pablo Solón vorschlägt. Er unterscheidet sich in zwei Punkten von vielen anderen Konzepten: Zunächst spricht er von »systemischen« Alternativen, es geht ihm nicht nur um Alternativen zum Kapitalismus, sondern auch um »Strategien, mit denen das Patriarchat, der Produktivismus und Extraktivismus sowie der Anthropozentrismus bekämpft und überwunden werden können« (Solón 2018: 21). Zweitens spricht er von Alternativen in der Mehrzahl und betont, dass keiner der Vorschläge, die er unterstützt und erläutert, alleine eine befriedigende Antwort auf die systemische Krise darstellt. Vielmehr betont er: »Um systemische Alternativen zu schmieden, müssen sich all diese Ideen und viele weitere gegenseitig ergänzen. [...] Ziel dieser Komplementarität der Vorstellungen ist nicht die Entwicklung einer einzigen Alternative, sondern eines Geflechts vielfacher systemischer Alternativen.« (Solón 2018: 22) Die von ihm vorgestellten Ansätze, die hier nicht im Detail ausgebreitet werden können, sind alle dadurch charakterisiert, dass es sich nicht einfach um theoretische Programme für ein alternatives Leben handelt, sondern um reale Projekte, hinter denen soziale Bewegungen stehen, deren Erfahrungen diese Programme wachsen und sich verändern lassen. Im speziellen geht es um die Bewegungen von Buen Vivir, Degrowth, Ökofeminismus, Deglobalisierung, Rechte der Mutter Erde und den Commons-Ansatz.¹

Eine Vertiefung mancher dieser Ansätze stellt der Dialog zwischen dem in Wien lehrenden Politikwissenschaftler Ulrich Brand und dem Wirtschaftswissenschaftler Alberto Acosta Espinosa aus Ecuador dar, in dem die Konzepte Degrowth und Post-Extraktivismus diskutiert werden (Acosta/Brand 2018). Die beiden Autoren sind sich einig, dass diese Konzepte den Kapitalismus grundsätzlich problematisieren, ohne dass sie genau wüssten, wie eine entsprechende Transformation funktionieren könnte. Aber entscheidend ist wohl, dass Post-Extraktivismus und Degrowth den Kapitalismus »nicht nur als Wirtschaftssystem in Frage [stellen]. Sie thematisieren ihn vor allen Dingen als ein soziales Herrschaftsverhältnis, dessen Wirkungskraft es zu brechen gilt«, wie Stephan Lessenich in seinem Vorwort schreibt (Acosta/Brand 2018: 6).

1 Commons sind Gemeingüter, die alle Menschen zum Leben benötigen, und zu denen daher auch alle gleichermaßen Zugang haben sollten.

Das *Zweite konvivialistische Manifest* schlägt, aus ähnlichen Erwägungen heraus, einen wirtschaftlichen Paradigmenwechsel vor. Der Staat müsse der Privatwirtschaft Vorgaben machen und durch seine Steuerpolitik die »Hybris« von obszön hohen Gewinnen neben schreiender Armut beenden. Zugleich müsse der staatliche Sektor ausgebaut und als drittes Standbein die dem Gemeinwohl verpflichtete Wirtschaft gefördert werden. Wohlstand ohne (generelles) Wachstum lautet die Leitlinie (Die konvivialistische Internationale 2020).

Und irgendwo muss man auch anfangen, gerade jetzt, wo die Weichen für eine Wirtschaft und Gesellschaft nach dem Corona-Schock gestellt werden. Deswegen sei am Ende des Kapitels als Beispiel der Aufruf *Klima-Corona-Deal. Für einen klimagerechten Gesellschaftsvertrag in Österreich* vorgestellt. Innerhalb eines Monats wurde er von 175 Organisationen, Initiativen und Gruppen sowie beinahe 600 einzelnen Wissenschaftler*innen unterstützt. Der Tenor: Die Bundesregierung möge alles tun, damit die Wiederaufbaugelder ökologisch sinnvoll ausgegeben werden und die drohende Umweltkrise hintangehalten wird:

»In diesem Moment hängt alles davon ab, wohin die Gelder fließen. Um aus der derzeitigen Krise das Bestmögliche zu machen, müssen die Gelder in den naturverträglichen Ausbau sauberer, erneuerbarer Energien, in effiziente Energieverwendung bei Gebäuden und Industrie, in öffentliche Verkehrsmittel und in nachhaltige Landwirtschaft investiert werden. Berufsfelder, die sich durch einen geringen CO₂-Ausstoß auszeichnen, wie Pflege, Bildung, Gesundheit und Kinderbetreuung sollten deutlich ausgebaut werden, die Entwicklung hin zu einer regionalen und kohlenstoffarmen Wirtschaft soll gefördert werden. Jetzt ist die Zeit, um die sozial-ökologische Transformation der Wirtschaft voranzutreiben.« (Klima-Corona-Deal 2020)

Das zu schaffen, wäre bereits ein riesiger erster Schritt. Wenn er gelingt, stehen viele weitere Wege offen. Ein solches »sanftes« Wirtschaften würde auch gewaltreduzierend in der Gesellschaft wirken, wie umgekehrt der Abbau von Gewalt und die Entwicklung einer Kultur des Friedens günstige Voraussetzungen für eine alternative Produktions- und Lebensweise bieten.

